

Pressemitteilung Nr.: 1/2000

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter tagte in Halle/Saale:

- **Staatssekretär zu Gast**
- **Themen:**
 - **Auflösung des Landesjugendamtes Hessen**
 - **Qualität in Tageseinrichtungen**
 - **Kinderschlafstätten**
 - **Empfehlungen zur überörtlichen Kostenerstattung**

Vom 03. bis 05. Mai 2000 trafen sich die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) zu ihrer 88. Arbeitstagung in Halle/Saale:

Zu Gast war der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Peter Haupt, der die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendpolitik der Bundesregierung darlegte.

Er betonte die Unverzichtbarkeit der Landesjugendämter auch für die Zukunft und hob deren Bündelungsfunktion hervor. In der aktuellen Debatte um Veränderungen in der Jugendhilfestruktur - so machte Staatssekretär Haupt deutlich - lehne das Bundesministerium die Bundesratsinitiativen ab, deren Ziel es sei, die Aufsicht über Tageseinrichtungen auf die örtlichen Jugendämter zu übertragen. Die Aufsicht über Tageseinrichtungen stelle eine Kernaufgabe der Landesjugendämter dar.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter sprach sich erneut mit Entschiedenheit gegen die Auflösung des hessischen Landesjugendamtes aus. M. Schnapka, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft: "Diese vorgesehene Umstrukturierung ist weder effizient noch zukunftsorientiert und stimmt überdies mit der geltenden Rechtslage nicht überein. Das hessische Projekt ist darauf angelegt, Jugendhilfestrukturen zu gefährden, die für die Förderung junger Menschen auch in Hessen unverzichtbar sind."

Die Tagung der BAG in Halle widmete sich u.a. der Verabschiedung von Empfehlungen für Träger zur Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen, problematischen Fällen bei Auslandsadoptionen sowie Orientierungshilfen für Kinderhotels..

Außerdem wurden mit den "Empfehlungen zu Fragen der Kostenerstattung nach § 89 d KJHG", Leitlinien zur überörtlichen Kostenerstattung für Hilfen verabschiedet, die die örtlichen Jugendämter vor allem auch für junge Flüchtlinge erbringen. Diese Empfehlungen sollen zu einer Vereinheitlichung des bislang wenig abgestimmten Verfahrens dienen - sie werden von den örtlichen Trägern der örtlichen Jugendhilfe dringend erwartet.